



Gleich mit zwei Rennkisten wird das Unionhilfswerk in diesem Jahr an den Start des

„UHW-Schumis“

45. Berliner Seifenkisten-Derbys gehen. Die Veranstaltung findet wieder auf dem Mehringdamm statt. Rund 200 Mädchen und Jungen mit ihren „Kisten“ werden am Sonntag, dem 13. Juni, als Aktive teilnehmen. Die Veranstalter erwarten mehr als 20.000 Besucher. Besonders

Eltern und Großeltern werden „ihre Piloten“ anfeuern. Auch das Unionhilfswerk hofft, dass seine beiden „UHW-Schumis“ sich gut platzieren. An Ständen auf dem Mehringdamm/Ecke Dudenstraße informiert das UHW außerdem über Angebote der Gesellschaften und des Vereins.

VERFASSUNGSSCHUTZ-BERICHT

Henkel: Keine Entwarnung

Der aktuelle Verfassungsschutzbericht zeigt es. Weder beim Links-, Rechts- noch Ausländerextremismus könne Entwarnung gegeben werden, so der innenpolitische Sprecher der Berliner CDU-Fraktion, Frank Henkel. So sei zwar der Personenkreis

che verbunden war mit einem Anstieg der Straftaten. Weiter sagte Henkel: „In Berlin leben zudem nach Schätzungen des Verfassungsschutzes knapp 6.000 ausländische Extremisten. Deren Dunkelziffer ist vermutlich weitaus höher. Das ist angesichts des weltweiten

und die Verfolgung durch verdeckte Ermittler auf eine sichere Rechtsgrundlage gestellt werden. Die Schaffung einer bundesweiten zentralen Verfassungsschutzbehörde bei einer Auflösung der Landesverfassungsschutzämter erteilte Henkel in diesem Zusammenhang eine klare Absage. Angesichts der besonderen Gefährdung westlicher Großstädte durch Terroranschläge forderte der CDU-Politiker stattdessen neben den bereits erzielten Änderungen beim Zuwanderungsgesetz die Schließung von Sicherheitslücken bei den Verfassungsschutzämtern. Nur durch eine intensive Zusammenarbeit beim Daten- und Informationstransfer könne der Ausländerextremismus angemessen eingedämmt werden.



Foto: Reitze

rechtsextremistischer Straftätergleichgeblieben, die Anzahl der Straftaten sei dort aber angestiegen. Bei den Links-extremisten dagegen habe es eine Zunahme gegeben, wel-

Terrors, der vor allem von extremistisch operierenden Islamisten ausgeht, eine viel zu hohe Zahl.“ Dabei müssten die Überwachung dieser Gruppen weiter intensiviert

FALL KAPLAN:

Bundesregierung in der Pflicht

Im Fall Kaplan hat der Bayerische Innenminister Günther Beckstein (CSU) von der Bundesregierung mehr Druck auf die Türkei gefordert. „Hinsichtlich einer Abschiebung Kaplans ist die Bundesregierung in der Pflicht. Es passt doch nicht zusammen, dass die Türkei einerseits nach Europa will, man sich von ihr aber keine Rechtsgarantie geben lässt, um Kaplan abschieben zu können“, sagte der CSU-Politiker gegenüber dem „Handelsblatt“. Die Probleme, Kaplan abzuschleppen, würden auf einer doppelten Ebene liegen: Zum einen erlaube das deutsche Rechtssystem jedem, der Schlupflöcher ausnutzen möchte, ein langes Verfahren durch unzählige Instanzen.

Beckstein: „Das muss abgeschafft werden.“ Dies sei zwar nicht einfach, so der Minister, aber es müsse entweder im Zuwanderungsgesetz oder gesondert angestrebt werden. Zum anderen seien Mängel bei der Observation eindeutig, die aber nichts mit der Rechtsgrundlage zu tun hätten. Sowohl das Bundesamt für Verfassungsschutz als auch das Landeskriminalamt hätten Kaplan überwachen können. „Nach bayerischem Recht wäre das möglich gewesen, da der Mann Vorsitzender einer verbotenen Organisation und wegen Mordaufruf vorbestraft ist“, sagte der CSU-Politiker. Die sei eine eindeutige Panne der dortigen Behörden gewesen.

HERZENSWUNSCH:

Roulade

„Einmal Rouladen essen“, so lautet der sehnlichste Wunsch, den Besucher des Seelintreffs an Gesina Gisa (CDU) übermittelt haben. Solch einfach klingende Wünsche haben Menschen, die in eine tiefe Krise gerutscht sind. Einigen haben ihre Wohnung verloren. Andere drückt die Armut. Und das Alleinsein. Wer die Arbeit des BVV-Mitgliedes Gisa für die Obdachlosen-Arbeit in Charlottenburg-Wilmersdorf unterstützen will, ruft im BVV-Büro der CDU Charlottenburg-Wilmersdorf an! Telefon 90 29 14 906.

Willi Isert

SPD und PDS tolerieren Finanzchaos

Die folgende Frage kann sich jedem stellen, der Mitglied eines Vereins ist: Würden Sie Ihren Vereinsvorstand entlasten, wenn mehrere hundert Millionen Euro verschwunden sind? Sicher nicht! Denn für die schlampige Geschäftsführung ihres Kassenwarts haften letztlich die Vereinsmitglieder. 2001 war Wowereit mit seinem Senat angetreten, den Haushalt in Ordnung zu bringen. Es war die Zeit der Kassenstürze. Nach dem Desaster um die Bankgesellschaft wollte jeder – allen voran Wowereit mit seinem Senat – Transparenz in die Haushaltszahlen bringen. Am Ende musste er sich ein vernichtendes Urteil des Rechnungshofs gefallen lassen: Die Haushalts- und Vermögensrechnung ist teilweise so fehlerhaft, dass der Rechnungshof die Richtigkeit des Zahlenwerks erstmals nicht bestätigen kann. Der Rechnungshof bemängelte u.a. eine Differenz bei den Haushaltsüberschreitungen in Höhe von 65 Mio. € und einen fehlerhaften Vermögensausweis (323 Mio. €). Eigentlich wäre das schon der Zeitpunkt für Wowereit gewesen, dass eigene Scheitern eingestehen zu müssen. Rot-Rot sieht das anders. Zuerst wurde der Versuch unternommen, die Kritik zu entschärfen. Finanzsenator

Sarrazin versprach dem Parlament bereits im September des letzten Jahres, die Fehler schnell zu berichtigen. Jetzt, nachdem Monate vergangen sind, stellt sich heraus, dass nichts passiert ist. Alle Fraktionen – auch die von SPD und PDS – sind sich darüber einig, dass es dem Senat noch immer nicht gelungen ist, die fehlerhafte Haushalts- und Vermögensrechnung 2001 zu berichtigen. Aber statt folgerichtig dem Senat die Entlastung zu verweigern, wurde in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 3. Juni dem Senat von SPD und PDS die Entlastung erteilt. Die Proteste der Opposition wurden unter den Tisch gekehrt. Übrigens: Als die Kritik des Rechnungshofs im letzten Jahr bekannt wurde, stellte die CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin eine große Anfrage mit dem Titel „Finanzchaos statt Haushaltswahrheit – was tut der Senat gegen den fortschreitenden Verfall der Buchungsdisziplin im Haushaltswesen?“ Die Antwort Sarrazins bestand in einem wortreichen aber inhaltsarmen Versprechen. Sie hätte viel kürzer ausfallen können. Die Antwort hätte heißen müssen: Wir tun nichts! Denn auch der Jahresabschluss für 2002 wurde vom Rechnungshof wieder nur mit Einschränkungen gebilligt.

Von Alexander Kaczmarek

Anzeige

SICHERHEIT DURCH KOMPETENZ

SAFETY

OBJEKTSCHUTZ
REVIERKONTROLLE
VERANSTALTUNGSDIENST
ALARMZENTRALE
ALARMVERFOLGUNG
ARBEITSSICHERHEIT

KURIERDIENST
GLAS- UND
GEBÄUDEREINIGUNG
ERRICHTUNG VON
SICHERUNGS- UND
RAUMSCHUTZANLAGEN

Solely Unternehmensschutz GmbH
Strolauer Allee 35 10245 Berlin
Tel.: 0 30/29 33 94-0 • Fax: 0 30/29 33 94-11

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG
Berliner Presse- und Informationsdienste
Verlags- und Werbegesellschaft mbH (bpi)
Neue Grünstraße 26 • 10179 Berlin
Tel.: (030) 20 64 16-0 • Fax: (030) 20 64 16-66

CHEFREDAKTEUR
Matthias Wambach

REDAKTION
Dirk Reitze, Christian Goiny

ANZEIGEN
Alexander Göbel

BANKVERBINDUNG
Deutsche Bank, Kto.: 107 117 400
BLZ 100 700 00

DRUCK
Union Druckerei Berlin GmbH
Storkower Str. 127a • 10407 Berlin

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.